

Die Kommissarin: Wollt Ihr die totale Datenspeicherung?



Medienzar Alfred Hugenberg und Gattin Gertrud Adickes (1933)

Schauspieler haben ein Problem: Sie haben von nichts eine Ahnung, ausser, wie man andere Leute imitiert, denken aber, sie müssten zu dem Quatsch ihren Senf dazugeben, besonders dann, wie sie oft in der Glotze zu sehen sind. Bei [Heise](#) lesen wir, dass eine Tatort-Kommissarin „die abwägende Haltung der FDP zur Vorratsdatenspeicherung als fatal“ bezeichnet und sich für die [anlasslose Totalüberwachung](#) der deutschen Bevölkerung ausspricht.

Die Dame ist vermutlich nicht blöd; also kann man nicht davon ausgehen, dass ihr Gatte, von Beruf Medienmogul, ihr das eingeflüstert hätte, sondern dass sie sich den Unfug selbst ausgedacht hat. Auch die anderen üblichen Verdächtigen sind immer nicht fern, wenn es gegen die Eckpfeiler freiheitlich-demokratische Grundordnung geht, etwa Stephanie zu Guttenberg und ihr ominöser Verein „[Innocence in Danger](#)“ („Undurchsichtige Finanzen, dubiose Methoden“).

Es ist in Deutschland nicht mehr möglich, rational und

öffentlich darüber zu diskutieren, wie Kindesmissbrauch eingedämmt werden kann, weil sich mediale Beißreflexe, hysterisches moraltheologisches Gezeifer und die Sprechblasen der eigennützigen Zensur- und Überwachungslobby zu einem unentwirrbaren Knäuel verwirren, so dass man auch schlicht „Kopf ab zum Gebet“ rufen könnte, um ein ähnliches Ergebnis zu erzielen. Gut gemeint ist hier besonders schwer daneben.

Solche Leute wie die Furtwängler können nur unwidersprochen „wollt ihr die totale Datenspeicherung?“ rufen, weil ihre Präsenz in der volksverdummenden „Yellow Press“ ihre dummdreisten politischen Statements überlagert. Guttenberg müsste schon nachgewiesen werden, dass er mit [Kinderpornos](#) handelte, damit sich seine Groupies von ihm anwenden würden. Es ist so ähnlich wie mit den Leuten, die noch FPD wählen.



Bundeskriegs- und Bildzeitungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (rechts) und seine innocente dangeröse Gattin Stephanie (2011)

Hugendubel

Ich werde ab sofort keine Bücher mehr bei [Hugendubel](#) kaufen.

Vorratsdatenspeicherung **light plus** [Update]

Kurt Biedenkopf, Ex-Generalsekretär der CDU, [soll 1973 gesagt haben](#): „Was sich heute in unserem Land vollzieht, ist eine Revolution neuer Art. [...] Revolutionen finden heute auf andere Weise statt. Statt der Gebäude der Regierungen werden die Begriffe besetzt, mit denen sie regiert.“

Richtig: Wenn man dem politischen Gegner die eigenen Begriffe und Definitionen aufzwingt, dann infiltriert man ihn auch mit den eigenen Ideen. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [versucht es gerade wieder](#), einerseits, um der Überwachungs- und Zensurmafia die halbherzige FDP-Position schmackhaft zu machen, andererseits um die Gegner der Vorratsdatenspeicherung ins Leere laufen zu lassen.

Vorratsdatenspeicherung [heisst jetzt Quick Freeze Plus](#). Jawoll. Folter heisst jetzt „robuste Wahrheitssuche“, das Atommülllager nennen wir jetzt „Entsorgungspark“, und den Krieg kennen wir ohnehin schon als „Friedens erzwingung“.

Noch mal zum Mitschreiben: „[Vorratsdatenspeicherung](#) bezeichnet die Verpflichtung der Anbieter von Telekommunikationsdiensten zur Registrierung von elektronischen Kommunikationsvorgängen, ohne dass ein Anfangsverdacht oder eine konkrete Gefahr besteht (Speicherung bestimmter Daten auf Vorrat).“

Die Regierung will alle Verkehrs- und Kommunikationsdaten aller Bürger auf Vorrat sammeln – ohne konkreten Anlass. Im Prinzip ist die [Richtlinie 2006/24/EG](#) der Europäischen über die Vorratsspeicherung von Daten schuld; wie diese Vorgabe juristisch umgesetzt wird, bleibt den Mitgliedsstaaten überlassen. Das deutsche Bundesverfassungsgericht erklärte die deutschen Vorschriften – also den ersten Versuch zur Vorratsdatenspeicherung – mit seinem Urteil vom 2. März 2010 für verfassungswidrig und nichtig.

Das interessiert die Zensur- und Überwachungsmafia und deren politischen Lautsprecher natürlich nicht. Und Leutheusser-Schnarrenberger ist nur so eine Art feministische Theologin: Sie versucht, das Falsche, Lächerliche, Böse noch irgendwie angenehm zu kostümieren und uns schmackhaft zu machen. Mit der Vorratsdatenspeicherung ist es aber wie mit der Schwangerschaft – ein bisschen geht nicht.

Wie absurd die Diskussion mittlerweile ist, zeigt das Beispiel: Welche Reaktion würde jemand ernten, der forderte, alle Jogger und sonstigen Fußgänger würden ab sofort generell überwacht und ihre Wegstrecken protokolliert werden, weil man auf diese Weise auch zu Fuß flüchtende Bankräuber erwischen würde? Genau so argumentieren die Befürworter der Vorratsdatenspeicherung. Was offline gilt, muss auch online gelten: Anonymität im Internet ist ein Bürgerrecht!

Die [German Privacy Foundation](#) hat das so formuliert: „Die zunehmende Überwachung der Kommunikation erfordert das Recht auf und den Schutz der Privatsphäre. Die Freiheit in der digitalen Welt muss verteidigt werden. Das Recht auf ungehinderte Kommunikation ist ein Menschenrecht, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, also auch auf Anonymität, ein unverzichtbares Bürgerrecht und eine Grundfeste des Datenschutzes. Jeder hat das Recht, selbst zu entscheiden, welche Informationen er oder sie über sich selbst preisgibt. Solange nicht ein staatliches Gesetz oder die Rechte anderer entgegenstehen, kann jeder Mensch sein Recht

auf informationelle Selbstbestimmung in der Form ausüben, dass er anonym auftritt und sich insbesondere im Internet anonym bewegt.“

Update: Vgl. [Thomas Stadler](#): „Die Vorratsdatenspeicherung ist aus grundsätzlichen rechtsstaatlichen Erwägungen heraus abzulehnen und es hat dabei zu bleiben, dass deutschen Ermittlungsbehörden nicht dieselben Instrumente an die Hand gegeben werden dürfen, wie den Behörden totalitärer Staaten. Zudem wäre wünschenswert, dass die Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung stärker in den Kontext des Datenschutzes gestellt wird. Denn die Politik kann nicht einerseits ein hohes Datenschutzniveau, das nur durch die gesetzlich normierten Ziel der Datenvermeidung und Datensparsamkeit erreichbar ist, propagieren und andererseits eine Vorratsdatenspeicherung fordern.“

Die Schattenseiten des Internetzes



Das ist doch mal eine halbwegs gute Nachricht: Laut [Heise](#) setzt zum Glück nur ein Viertel aller Eltern Software ein, um das Online-Verhalten ihrer Kinder zu überwachen. Das sind zwar immer noch viel zu viele, aber eine zweite gute Nachricht kommt gleich hinterher: Die Filter- und Zensursoftware ist in der Regel grottenschlecht. Quod erat demonstrandum.

„Demnach lassen sich mit 84 Prozent der untersuchten Programme nicht für Kinder geeignete Seiten recht gut blockieren. Während die Erfolgsquote wird vor allem beim Filtern von Erotikangeboten hoch sei, funktioniere das bei Webseiten rund um Magersucht, Suizid oder Selbstverstümmelung weniger gut. Gleichzeitig würden teils Angebote mit besonders kindgerechten Inhalten fälschlich blockiert.“

Bruhahaha. Wie kann man bei solchen Sätzen überhaupt ernst bleiben? Ist es ein Erfolg, wenn Kinder keine „Erotik“ mehr sehen dürfen? Und sind Websites, die sich mit [Magersucht](#) beschäftigen, jetzt auch verboten und fallen unter den klostertauglichen deutschen Jugend“schutz“? Die Erfolgsquote bei Selbstverstümmelung ist nicht hoch – ich weiß gar nicht, was die meinen?

Zugegeben, ich würde einem kleinen Kind die Fotos auf

rotten.com nicht zumuten, selbst ich kann mir das kaum ansehen. Aber warum sollte ich das sperren wollen? Ich würde meinen Kinder eher verbieten, sich ohne Aufsicht einem katholischen Pfaffen zu nähern. Medienkompetenz bedeutet doch, dass man Kinder über die Risiken und Nebenwirkungen des Surfens aufklärt und diese erzieherische Aufgabe *nicht* irgendeiner Software überträgt, deren Programmierer ich weder kenne noch deren Kriterien. Vielleicht wollen die lieben



Kleinen später an der [University of Sussex](http://www.universityofsussex.ac.uk) studieren, können sich aber nicht informieren, weil der Rechner sich bei Eingabe der Zeichenfolge s e x gleich in die Luft sprengt?

Der Titel derartiger Medienberichte dürfte nicht heissen „Kinderschutz-Filter oft noch unzureichend“, weil das suggeriert, es gebe einen *zureichenden* Schutz durch Zensur-Programme, sondern: „Filter-Software ist nicht imstande, Kinder zu schützen.“ Und natürlich gehört zu einer guten Erziehung der lieben Kleinen, dass Eltern Hilfe leisten können, wenn Zensur im Internet umgangen werden muss.

Bei [Sp0ff](#) finden wir heute einen ähnlich schlampig formulierten Artikel: „Seit langem will der Inlandsgeheimdienst [FSB](#) Internetanbieter dazu zwingen, missliebige Seiten zu sperren. Ein Gesetz verpflichtet Internetdienstleister, auf eigene Kosten eine Hardware zu installieren, durch die der FSB – nach Genehmigung durch einen Richter – verfolgen kann, wer welche Web-Seiten besucht und welche E-Mails schreibt. Manche Unternehmen üben sich mitunter schon in freiwilliger Selbstzensur.“

Moment – wir hier Russland beschrieben oder Deutschland? Ein kritisches Wort vermisste ich – das wäre eine journalistische Aufgabe. Wie will ein Geheimdienst einen Provider zwingen, „missliebige“ (wem?) Webiste zu sperren? In Nordrhein-Westfalen wurden die Internet-Anbieter gezwungen, zum Beispiel die missliebigen Seiten [zu sperren](#). Die deutsche [TKÜV](#) – ein Gesetz, dass die rot-grüne Regierung uns bescherte, verpflichtet Internetdienstleister, [auf eigene Kosten eine Hardware zu installieren](#), durch die nicht nur der deutsche Inlandsgeheimdienst, sondern auch Polizeidienststellen alle E-Mails in Echtzeit mitlesen können. [Freiwillige Selbstzensur](#) ist bei deutschen Providern ohnehin Standard, (Die These, man könne mit einer Hardware verfolgen, wer welche Web-Seiten besucht, ist übrigens schlicht grober Unfug. Wer als Chef vom Dienst so etwas durchlässt, ist ein Internet-DAU.)

Ein verantwortungsvoller Journalist hätte in einem Artikel über „Russlands Angst vor Datenlecks“ erwähnt, dass Deutschlands „Angst“ nicht nur genauso groß ist, sondern dass auch die Zensur und die Überwachung hierzulande keinen Vergleich mit Diktaturen zu scheuen braucht.

Bei Heise lese ich, „dass 39 Prozent der europäischen Kinder und Jugendlichen bereits mit [Schattenseiten des Internets](#) in Berührung gekommen sind.“ Das muss ich energisch zurückweisen – so viele Benutzer hat burks.de denn doch nicht.



Piratenpartei Hessen spendet TOR-Server an die GPF

[Bad Vilbel online – Rhein Main News](#): „Seit Ende letzten Jahres läuft ein von der Piratenpartei Hessen gesponsorter Anonymisierungsserver bei der [German Privacy Foundation](#). Die Administration des neuen TOR-Exit-Nodes „[gpfTOR4](#)“ erfolgt in Zusammenarbeit durch die [Piratenpartei Hessen](#) (1. Admin) und die GPF (2. Admin). (...) ,Durch einen weiteren Server leisten wir einen Beitrag für sichere und vertrauenswürdige TOR-Exit-Nodes. Wir möchten an dieser Stelle der renommierten German Privacy Foundation dafür danken, dass sie als Betreiber und Berater zur Verfügung stehen“ erklärte Ralf Praschak, Stellvertretender Vorsitzender der Piratenpartei Hessen. „Gerade in Zeiten, in denen über die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung diskutiert wird und Ungarn eine Zensur innerhalb der EU beschlossen und umgesetzt hat, ist dies

nötiger denn je.'“

Torservers.net: Warum es so wichtig ist

[Interessanter Artikel](#) über Tor:

„Tor ist eben kein einfaches Anonymisierungsprojekt nur für ‚uns‘. Mit staatlicher Förderung und vor allem viel persönlichem Engagement wird und wurde an Universitäten (und außerhalb) weltweit daran gearbeitet, allen Menschen einen zensurfreien, verschlüsselten Netzzugang zu ermöglichen. Und das in seiner vollen Konsequenz: Nicht nur lesend, sondern auch um aktiv teilzunehmen, ohne Repressalien fürchten zu müssen. Auf der Startseite von [Torservers.net](#) zitiere ich [eine Studie](#) des ‚Committee to Protect Journalists‘, nach der im letzten Jahr 136 Journalisten weltweit im Gefängnis sitzen. Und das sind nur die bekannteren Fälle.

Und, wird Tor genutzt? Und von wem? Die Metriken des Torprojekts zeigen das sehr eindrucksvoll. Wenn man sich nämlich dort anschaut, wie viele Menschen den umständlichen Weg nutzen, sich Tor per Email zu besorgen – vermutlich weil die Seite des Projekts geblockt wird und somit der normale Downloadweg nicht möglich ist – so sind das knapp 100 täglich“.

Lesebefehl!

Die Grünen und der Jugendmedienschutz

Die Nachricht ist schon älter (u.a. via [Pottblog](#)): „Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) – die Grünen in Nordrhein-Westfalen entschließen sich zur Zustimmung“.

Dazu gibt es jetzt eine [Website](#): „Wir sind weiterhin gegen die Sperrung von Wikileaks, die Fraktion hat sich aufgrund parlamentarischer Zwänge anders entschlossen. (...) Wir sind weiterhin gegen Internetzensur, die Fraktion hat sich aufgrund parlamentarischer Zwänge anders entschlossen. (...) Wir sind weiterhin gegen parlamentarische Zwänge, die Fraktion hat sich aufgrund parlamentarischer Zwänge anders entschlossen.“

Wer grün wählt, ist selbst schuld. Es gibt nur *eine* Partei, für die das Internet *kein* Teufelswerk ist.

Eine rote Linie, die jeder beachten muss

[Tagesschau.de](#): „Das Internet wird in Birma, China, Iran, Nordkorea, Turkmenistan und Vietnam weltweit am schärfsten zensiert. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der US-Universität Kansas, aus der die Fachzeitschrift „GeoJournal“ zitiert.“

Natürlich ist tagesschau.de zu blöd oder zu faul oder zu feige („öffentlich-rechtliche *Anstalt*„) , irgendwelche Links zu setzen, etwa zu dem zitierten Professor [Barney Warf](#). Witzig ist hingegen die [Kreiszeitung – Böblinger Bote \(whois\)](#): „Der

Download des Warf-Artikels ‚Geographies of global Internet censorship‘ (Geografien der globalen Internet-Zensur) in ‚GeoJournal‘ ist nur für Abonnenten oder per Einmalzahlung einer Gebühr möglich“ mit dem Hinweis: „Download des Artikels, PDF, 1 MB, 34 Euro“. Vierunddreissig Euro. Das ist doch mal ein Geschäftsmodell einer deutschen Zeitung! Es bezieht sich aber auf springer.com, wo das pdf eben so viel kostet – immerhin kein Surplusprofit...

Das *abstract* bei springer.com lautet: „More than one-quarter of the planet’s population uses the Internet today, although access to it is highly uneven throughout the world. While it is widely celebrated for its emancipatory potential, many governments view the Internet with alarm and have attempted to limit access or to control its contents. This project seeks to provide a comprehensive, theoretically informed analysis of the geographies of Internet censorship. It begins by clarifying the reasons, types, extent of, and opposition to, government limitations of Internet access and contents. Invoking an index of censorship by Reporters Without Borders, it maps the severity of censorship worldwide and assesses the numbers of people affected, and using the Freedom House index, it correlates political liberty with penetration rates. Second, it explores Internet censorship at several levels of severity to explicate the multiple means through which censorship is implemented and resisted. The third part offers a moral critique of Internet censorship via a [Habermasian interpretation](#) of cyberspace as the closest real-world approximation of an ideal speech situation. The summary notes the paradox of growing e-government and continued fears of an expanded domain of public discourse.“

Das bringt es sehr schön auf den Punkt. Es ist ein Paradoxon, dass Regierungen von „E-government“ reden und gleichzeitig das Internet zensieren und den Diskurs der Bürger dort fürchten. Deutschland und seine *German Internet Angst*TM sind das beste Beispiel. Die